

Pränumerations-Preise:

Für Arab:	
Ganzjährig	12 fl. — fr.
Halbjährig	6 „ — „
Vierteljährig	3 „ — „
Mit täglicher Postverendung:	
Ganzjährig	14 fl. — fr.
Halbjährig	7 „ — „
Vierteljährig	3 „ 50 „

Das Abendblatt pr. Quartal 1 fl. 6. B.

**Redaktion**  
im Winterlichen Neugebaude.  
**Expeditions- u. Insertions-  
Bureau:**  
Hauptplaz, S. Goldschneider's Buchhandlung.  
Einsendungen für die „Journal-Aller“  
u. dgl. werden mit 20 Kr. die Zeile  
berechnet.  
Manuskripte werden nicht zurücker-  
hattet.

# Uradrader Zeitung.

Nro. 151.

Montag den 24. Juni 1861. (Abendblatt.)

X. Jahrgang.

## Landtagsbericht.

(Unterhausung vom 22. Juni.)

S. C. Dem in der heutigen Unterhausung bekannt gegebenen Wahleresultat zufolge sind in die mit der Steuerangelegenheit betraute Kommission folgende Mitglieder gewählt worden: Paul Nyáry, Paul Somfich, Josef Szaplonczay, Sigmund Bernáth, Gabriel Klauzál, Koloman Tísa, Samuel Bónis, Stefan Gorové, Gr. László Csáthy, Gr. Gedeon Náday, Melchior Pónyay, Ferdinand Ragályi, Gabriel Kazinczy, Gr. Julius Andrássy, Georg Komáromy, Titus Ugyay, Baron Ludwig Simonyi, August Tresort, Stefan Eder, Graf Stefan Batthyányi, Edmund Kállay.

Hierauf kam die Frage über die Art der Entsendung der Adresse zur Verhandlung.

Karl Bobory sprach die Ansicht aus, die Adresse solle Sr. Majestät durch eine Deputation überreicht werden, welche sowohl die Würde der Nation, als auch womöglich die verschiedenen Nationalitäten des Landes gehörig repräsentire; diese Deputation möge dem Fürsten mündlich in würdigen, jedoch ernsten und offenen Worten ausdrücken, daß die von vielen Leiden heimgesuchte Nation sich aufrichtig entschuldigen wolle, aber sie halte unerschütterlich an ihren Gesetzen fest, an ihrer gesetzlichen Verfassung an ihrer verfassungsmäßigen Unabhängigkeit; die einzige Grundlage der Verfassung seye sie in den 1848er Gesetzen, und deren Garantien; die Deputation möge Sr. Majestät bitten, sich nicht von bösen Rathgebern irre leiten zu lassen, und stünden sie ihm noch so nahe; die Deputation spreche aus, daß wenn unsere legitimen Forderungen vielleicht nicht erfüllt werden, wir auf das Urtheil Gottes und der Welt uns berufend, wohl dulden, aber niemals das Bollwerk unserer Verfassung selbst niederreißen werden.

Es wurde jedoch der Antrag Franz Kubinyi's angenommen, welchem zufolge der Präsident des Unterhauses in Begleitung eines vom Oberhaus zu entsendenden Mitgliedes die Adresse Sr. Majestät persönlich überreichen wird, und zwar offen ohne Siegel und ohne Couvert.

Nach der Bemerkung des Präsidenten wird die Unterschrift in Rücksicht darauf, daß beide Häuser vereint die Adresse überreichen, geändert, und so lautet: Die landtäglichen versammelten Magnaten und Vertreter Ungarns.

Paul Nyáry beantragt, daß — da nach Einführung der parlamentarischen Regierungsform und Wiederherstellung des verantwortlichen Ministeriums außer dieser einen Adresse keine Adresse mehr an den nicht verantwortlichen Fürsten abgesendet wird — in einem Beschluß ausgesprochen werde, daß die gegenwärtige Adresse hinsichtlich der vom ungarischen Landtag geforderten und als wiederhergestellt betrachteten ungarischen Verfassung kein Präjudiz bilde. — Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Josef Madarász drückt seine Anerkennung dafür aus, daß das Oberhaus sich der Adresse der Repräsentanten anschließt.

Auf den von Samuel Bónis gestellten Antrag wird das Protokoll, soweit es sich auf die Absendung der Adresse bezieht, noch im Laufe derselben Sitzung authentifizirt, um dem Oberhause sogleich mitgetheilt zu werden.

Während das Protokoll aufgesetzt wird, wird die Verhandlung über die Frage der Justizpflege fortgesetzt.

Der Präsident erklärt, daß — da der Vorschlag der Kommission in der letzten Sitzung bereits angenommen wurde, die denselben wesentlich angreifenden Modifikationsanträge zurückgewiesen werden müssen, und zur Abstimmung nur jene Modifikationen kommen können, die einfach die Fassung betreffen.

Letztere Modifikationen wurden vorgelesen, bei der Abstimmung erlangte jedoch der Originaltext des Kommissionsvorschlages die Majorität.

Hierauf wurde das inzwischen fertig gewordene Protokoll über die Art der Absendung der Adresse gelesen, und nach einigen Einwendungen in nachfolgender Fassung angenommen:

Auszug aus dem Protokoll der am 22. Juni 1861 gehaltenen 49. Sitzung des Repräsentantenhauses.

Es wurde der Protokollauszug der am 20. d. gehaltenen achten Oberhausung vorgelesen, demgemäß die h. Magnatentafel, nachdem sie in der ihr von Seite des Repräsentantenhauses mitgetheilten Adresse den Ausdruck ihrer eigenen Gefühle wieder findet, be-

schlossen hat, das Repräsentantenhaus aufzufordern, seine Ansichten über die Art und Weise, in welcher die Unterbreitung der gemeinsamen Adresse zu geschehen habe, ihr mitzutheilen.

Das Repräsentantenhaus, mit patriotischer Freude diese Erklärung übereinstimmender Gefühle des Oberhauses entgegennehmend, faßt, insofern es durch letzteres aufgefordert worden, seine Ansicht über die wie zu geschehende Unterbreitung auszusprechen, sein diesbezügliches Uebereinkommen in Folgendem zusammen:

Die gemeinsam angenommene Adresse ist durch den Präsidenten des Repräsentantenhauses und durch denjenigen, den das Oberhaus hiezu aus seiner Mitte beauftragt wird, Sr. Majestät persönlich zu überreichen, und es wird denselben das weiters hiebei zu Geschehnde überlassen.

Die Adresse soll mit folgender Unterschrift versehen werden: „Die landtäglichen versammelten Magnaten und Repräsentanten Ungarns.“

Das Datum werde in folgender Weise redigirt: Gegeben in der k. Freistadt Pest aus unserm im Jahre 1861, im Monate Juni, am . . . abgehaltenen Landtagsitzungen.“

Von Seiten des Repräsentantenhauses werde in der Sitzung desselben die Adresse vom Präsidenten und dem betreffenden Notar unterfertigt.

Auf Grund einer in Folge dessen eingebrachten Motion hat das Haus im Protokoll auszusprechen angeordnet, daß aus der Modalität der in diesem außerordentlichen Falle dergestalt zu geschehenden Unterfertigung und Ueberbringung dieser Adresse für die Zukunft hinsichtlich der Verfassung und dem Rechte des Landes auf eine parlamentarische Regierung keine Konsequenzen zu ziehen sind.

Die nächste Sitzung, in welcher die Steuerangelegenheit (nach dem „Lloyd“ die Nationalitätenfrage (Ann. der Red.), an der Tagesordnung sein wird, wird wegen der griechischen Pfingstfeier erst am nächsten Dienstag stattfinden. Es dürfte jedoch wegen der gemeinschaftlichen Unterzeichnung der Adresse eine kurze Sitzung heute oder morgen stattfinden, — dies hängt indeß von der Bestimmung des Oberhauses ab.

### \* Urad, 24. Juni. (Zur Situation.)

Der auch von uns schon so oft erwähnte Wiener offiziöse Korrespondent des „Sürgöny“ unterzieht, indem er die in den letzten Tagen von den Wiener Blättern verbreiteten Gerüchte: daß Sr. Majestät die Adresse des ungarischen Reichstages nicht entgegennehmen und ein Manifest an seine Völker erlassen werde, welches vorzüglich die ungarischen Angelegenheiten zum Gegenstande haben soll, bespricht, das bisherige Vorgehen des Landtages einer herben Kritik. Es ist nicht zu läugnen — sagt er — daß die Aussichten sehr zweifelhaft sind.

Der Landtag, dessen Aufgabe es war, die Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen, den Verwicklungen ein Ende zu machen, die Ausöhnung zu bewirken, hat Alles gethan, was die Lösung dieser Aufgabe verhindert. Anstatt die Schwierigkeiten zu beseitigen, hat er neue geschaffen; anstatt die Ausöhnung zu bewirken, hat er das Herz des Monarchen, der sich der Nation mit so männlicher Offenheit genähert hat, mit Bitterkeit erfüllt. Die Väter des Landes haben nichts gethan, um die Völker diesseits der Leitha über die Absichten der ungarischen Nation zu beruhigen. Sie haben den Verband der Monarchie geleugnet, welchen die 1848er Gesetze neuerdings sanktionirten; sie haben die Gesetzlichkeit des Monarchen geleugnet, von dem wir doch die Heilung unserer Uebelstände erbitten und erwarten. Es gibt in der Geschichte Beispiele, daß ein Feldherr die Schiffe hinter sich verbrannte, um nicht zurück zu können; aber es gibt kein Beispiel, daß Jemand, der vorwärts dringen wollte, sich den Weg zu seinem Ziel unweghar gemacht hätte. So aber verfuhr der Landtag, und wenn die Nation nichtsdestoweniger ihr Ziel erreicht, so kann das nur so geschehen, wenn der Fürst in seiner Gnade der Nation seine Hand darreicht, damit diese, sich auf den starken Arm des Königs stützend, die Schwierigkeiten überwinde, welche ihre Bevollmächtigten ihr in den Weg gelegt haben. — Wir sitzen bis an den Hals in circulus vitiosus. Wir leugnen die Gesetzlichkeit des Königs; aber wir versammeln uns auf den Landtag, den er einberief, nur er einberufen konnte. Wir leugnen die Gesetzlichkeit des Königs; aber wir verlangen von ihm, daß er im Sinne der 1848er Gesetze Minister ernenne, und diese werden wir sodann als gesetzlich anerkennen. Wir wollen ein parlamentarisches Ministerium, dessen Mitglieder nach parlamentarischer Ge-

wohnheit aus der Majorität des Repräsentantenhauses hervorgehen sollen; aber die ausgezeichnetsten Männer des Repräsentantenhauses, welche allein unter den Repräsentanten das ungetheilte Vertrauen der Nation besitzen, sind in der Minorität und die Nationalversammlung zerstört deren Ansehen mit wahrer Passion. Bei solchem Stand der Dinge können die Eingangs erwähnten Gerüchte gegründet sein, insofern sie die Pläne einflussreicher Kreise betreffen; aber Dank der die unbefangene und große Seele des Monarchen charakterisirenden Duldsamkeit! Können wir sagen, daß derartige Entscheidungen noch nicht existiren. Namentlich in Betreff des Manifestes läßt sich nicht voraussetzen, daß Sr. Majestät, der bisher so viel männliche Offenheit bekundete, und im Kampf der Parteien, wo es nur anging, den Sieg immer auf die Seite der ungarischen Auffassung wendete, — sich zu einem so wichtigen Schritt entschließen sollte, ohne die Meinung seiner ungarischen Ráthe anzuhören. In dieser Stunde wenigstens haben die Zentralisten noch nicht mehr Grund zur Freude als wir, die wir Ausöhnung auf gesetzlicher Grundlage wünschen, Grund zu Besorgnissen haben. — Man trägt sich hier auch mit dem Gerücht, daß Baron Bay seit seiner Rückkehr aus Pest erst einmal bei Sr. Majestät zur Audienz war, und auch damals habe Sr. Majestät den Kanzler rufen lassen. Das ist eine Erdichtung. Baron Bay genießt jeden Tag das Glück, von Sr. Majestät vernommen zu werden.“

Ueber die momentane Lage nach Annahme der Adresse wird dem „Urad.“ aus Pest vom 21., unter Anderem geschrieben: „Allerhöchsten Ortes wird die Wichtigkeit des Begriffs der Legitimität vollkommen gewürdigt und die Anerkennung derselben wird so halb als möglich gewünscht. Da jedoch eine diesfalls abgegebene Erklärung von der einen Seite die Nachgiebigkeit, die von der andern Seite nothwendig ist, auf geraume Zeit hinauschieben würde, und einige Monate vergehen könnten, bis die Angelegenheit zur Verhandlung käme, wünscht man der schlechten Wirkung einer derartigen langen Ungewißheit zu begegnen.

Vor allem Andern scheint daher eine vorläufige Verständigung nothwendig, die auf Grundlage gegenseitiger Erklärungen basiert ist. Niemand leugnet, daß auf folgerichtigem gesetzlichem Weg hier vor der Hand eine Verständigung, die beide Parteien zu befriedigen im Stande ist, kaum möglich sei, da sie immer nur eine provisorische und der Zustand des Provisorium für beide Theile ein lästiger würde. Es bleibt daher nichts Anderes übrig, als sich mit Einzelnen zu verständigen, und durch den Einfluß dieser den Weg der Gesetzlichkeit anzubahnen, welchen dann beide Parteien zugleich beträten.

Es zeigt sich deutlich, daß seit einigen Tagen von oben herab Vorsicht und Nachgiebigkeit die Parole sind; ein Beweis ist die Thatsache, daß in Pest die gewaltsame Steuereintreibung nicht vor sich gehen wird.

Seiner Zeit mehr davon; schließlich eine Warnung ans Publikum, das wohl daran thäte, in den nächsten Wochen allen Gerüchten, die in zentralistischen Blättern zu unserer Einschüchterung verbreitet werden, wenig Glauben zu schenken. Es sind Parteimanövers und nichts weiter; sie verfehlen obendrein ihren Zweck, denn das sollte man in Wien durch zwölfjährige gänzlich erfolglose Praxis doch wohl gelernt haben, daß eine Politik der Einschüchterung, der Repression, die Dinge hierzulande nur ärger macht.“

Wir theilen die letztere Ansicht vollkommen und können nur wiederholt die Meinung aussprechen, daß man es sich in Wien wohl überlegen werde, ehe man Ungarn gegenüber zu Maßregeln schreitet, welche den ganzen bisherigen, unter so vielen Stürmen und Schwierigkeiten hergestellten verfassungsmäßigen Zustand alteriren und wieder Zustände herbeiführen würden, die eine dauernde Beruhigung des Landes in weite Ferne hinausdrücken möchten. Auch jene Ansicht des obzitrirten Wiener Korrespondenten des „Sürgöny“ hat ihre volle Begründung, daß Sr. Majestät ohne die Meinung seiner ungarischen Ráthe einzuholen, bezüglich der ihm zu überreichenden Adresse keine entscheidende Entscheidung fassen werde.

Ueber die gegen die Pester Stadtrepräsentanz wegen ihrer an den Landtag gerichteten Adresse in der Steuerangelegenheit ergriffenen Maßregeln berichtet der Pester Korrespondent der „Ost. Post.“ in Konformität mit unserm im Laufe der letzten Woche gebrachten Mittheilungen, daß gleichzeitig mit einem Allerh. Armeebefehl, „welcher der schwer beleidigten Ar-

umigten  
eise im  
Prämie  
Reserve.  
ersehen  
orthin  
einem  
obenem  
1,3)  
bräsen-  
rtheil-  
beres  
10)  
de.

me eue eklatante Genugthuung verspricht, ein königlicher Erlaß an die Statthalterei in Ofen und den Landes-Oberrichter herabgelangt ist, welcher die Entsendung eines königlichen Kommissärs anbefiehlt, der die Repräsentant der Stadt Pest aufzulösen und gegen die Urheber und Theilnehmer jenes verlegenden Schriftstückes den Prozeß einzuleiten hat. Die unerschöpfbare Tragweite und die möglicher Weise unannehmen Folgen dieser Maßnahme, ferner den Umständen in Betracht ziehend, daß durch die Suspendirung der gesamten städtischen Jurisdiktion sich die Gemeinde ohne eine Behörde befinden würde, veranlaßten die Statthalterei, voreerst in Wien eine Repräsentation zu machen, damit man sich mit der Einleitung einer Untersuchung begnügen und von der Auflösung der gesamten Jurisdiktionsbehörde absehen möge. Die Antwort erfolgte in diesem Sinne und wird nunmehr der Statthalterei Rath Josef Havas als königlicher Kommissär die diesbezügliche Untersuchung vornehmen. In der vorstimmten Sitzung der städt. Repräsentanz ist nun ein Gutachten der Statthalterei vorgelesen worden, in welchem gesagt wird, daß die von derselben gerichtete Adresse Steuereintreibung an den Landtag gerichtete Adresse Havas und die Armee verlegen; da das nicht länger geduldet werden kann, so wird zur Untersuchung der Sache Herr Josef Havas als königlicher Kommissär mit der Aufgabe entsendet, über das Entstehen jener Adresse die nöthigen Erhebungen zu pflegen und Bericht zu erstatten, der Kommune aber trägt der Erlaß auf, dem königlichen Kommissär bei dieser Amtshandlung allen Vorschub zu leisten. Die Repräsentanz beschloß hierauf, daß sie die Untersuchung nicht hindern werde, obwohl sie nicht die Absicht hatte, zu verlegen.

Was die Ermiffion des Statthaltereirathes Havas betrifft, so sprach sich die Ansicht allgemein aus, daß man zwar die Sendung desselben, da sie nicht von dem gesetzlichen Mittelorgane, dem ungarischen Ministerium ausgehe, nicht als gesetzlich betrachte, daß man aber sein Fingehen, sofern es sich auf die Einsichtnahme der Protokolle beschränkt, was die Behörde auch Privatpersonen gestattet, nicht hindern wolle. Der städtische Oberstaatsanwalt glaubt, daß die Gesetzlichkeit des Ermittlens nicht in Frage gestellt werden könne, indem die Sendung desselben, wie aus den Worten des Statthaltereirathes hervorgeht, im Auftrage Sr. Majestät geschähe, dem die Repräsentanz Treue geschworen, und den auch der ungarische Reichstag durch die Botirung der Adresse als faktischen Herrscher anerkannte. Er glaube sich hingegen nur für den Fall verwahren zu müssen, wenn die Funktion desselben irgend eine Schmälerung der kommunalen Rechte zum Zweck hätte, in welchem Falle es Pflicht der Repräsentanz wäre, lieber zurückzutreten, als der Unabhängigkeit der Behörde und der Geltung unserer Gesetze irgend etwas zu vergeben. Uebrigens wünscht er, daß noch eine ausdrückliche Verwahrung gegen die Zustimmung aufgenommen werden, daß Sr. Majestät oder die A. h. Dynastie auch nur durch ein Wort verletzt worden wäre.

Aus der Sitzung des Agramer Landtages vom 22. Juni wird telegraphisch berichtet: Heute wurde die Debatte über die ungarische Unionsfrage fortgesetzt. Ladislaus Kufusjewich erklärte sich für die Union auf Grund voller Gleichberechtigung und heimischer Autonomie, will aber nicht, daß man diesfalls eine „unbedingte“ Anerkennung von Ungarn verlange. Rakci deducirt aus dem historischen Staatsrechte, daß Kroatien nie in einer Real-Union mit Ungarn gestanden, und will präzis garantierte Personal-Union. Für „streng bedingte“ Union sprachen noch Gwozdanovic und Klasevic, für minder scharfe Fassung Knesewich und Kugler. Graf Johann Erdödy ist der Ansicht, daß der Verband mit Ungarn nie, auch im Jahre 1848 nicht rechtlich aufgehört habe. — Den Sitzungsbericht vom 20. tragen wir im Morgenblatte nach.

Dem „Wid.“ wird aus Agram, 19., berichtet: Es verlautet, Se. Erzellenz der Ban habe den Entschluß gefaßt, abzugeben.

Wiener Blätter berichten, daß Se. Erzellenz der Fürst Kuria Graf Apponyi in Wien angekommen und den Aufenthalt in seiner Villa nächst Kalksburg genommen habe.

Die gestrige „Wien. Ztg.“ meldet: Se. k. k. apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschluß vom 17. Juni d. J. den Hofkonzipisten der ungarischen Hofkanzlei Joseph v. Somossy zum Hofzugleich Präsidialsekretär derselben Hofstelle allergnädigst zu ernennen geruht.

Aus Turin, 21. Juni, wird telegraphisch berichtet: Heute begann die Diskussion bezüglich des vom Garibaldi's. Gegen das Projekt sprach Petrucci, der eine Vermehrung des regelmäßigen Heeres vorzieht, dieser so wie der Deputirte Macelli sprachen leidenschaftlich gegen die französische Allianz und die Okkupation Roms, welche Italien Schmach und Noththeile bringen. Gegen den modifizirten Antrag sprachen noch mehrere Redner, welche Garibaldi's ursprüngliches Projekt vorziehen. Das Gesetz konnte wegen

der zu geringen Anzahl anwesender Deputirten nicht votirt werden. Ricciardi interpellirte wegen Aufhebung der Akademie der Wissenschaften in Neapel, der Minister versprach die Wiedererrichtung derselben. — Der „Perseveranza“ wird aus Turin, 20., gemeldet: „Die Gesundheit des Papstes ist bedeutend besser; er wird, wie man versichert, schon übermorgen der Einweihung der neuen Brücke beiwohnen. Fürst Piombino wird nach seiner Audienz beim König unverzüglich nach Paris abreisen, um mit Tittoni und Comporosi die Adresse der neuen Kaiser Napoleon zu überreichen. Jeder Römer dem Kaiser Napoleon werden wahrscheinlich Jarini, Silvestrelli und Lorozini werden wahrscheinlich morgen dem König Viktor Emanuel die Adresse der neuen Kaiser überreichen. Marschall Niel, so wird demselben Blatt unterm 21. aus Turin berichtet, reist in selbst außerordentlicher Mission nach Turin, um Viktor Emanuel anlässlich der Anerkennung des italienischen Königreiches zu begrüßen.

Aus Turin, 17. wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben: Graf Vimercati, der heute Morgens hier angekommen ist, hat zuerst eine lange Unterredung mit Baron Ricasoli gehabt und wurde nachmittags vom Könige empfangen. Die Depesche der französischen Regierung in Bezug auf die Anerkennung des Königreiches Italien ist auch eingetroffen. Vimercati hat den Auftrag, mündliche Aufklärungen über die Absichten des Kaisers und namentlich über die Bedeutung der französischen Vorbehalte zu geben. Die telegraphisch hieher gemeldete Note der offiziellen „Patrie“ hat die Begeisterung der Italiener merklich abgekühlt, und die „Opinione“, indem sie sich zum Dolmetscher der allgemeinen Stimmung macht, protestirt dagegen. Niemand wird bezweifeln, sagt sie, daß die Anerkennung die Vereinigung Roms mit Italien und den Sturz der zeitlichen Gewalt des Papstes zur Folge haben müsse. Aber wie wird diese Einverleibung vor sich gehen? Wird man warten sollen, bis nach der Entfernung der Franzosen Unordnung in der ewigen Stadt ausbricht und die italienischen Truppen berufen werden, die Ordnung wieder herzustellen? Die päpstliche Regierung ist verurtheilt und ihr Ruin unvermeidlich. Aber wir müssen trachten, daß diese Veränderung so wenig Unordnung wie möglich verursache; wir müssen in Rom sein, um dieselbe die Ordnung aufrecht zu erhalten, nicht, um sie wieder herzustellen. In dem wir den Konvulsionen zuvor kommen, welche unvermeidlich würden, ehe die Franzosen sich zurückzögen, ehe die italienischen Soldaten an ihre Stelle träten, würden alle Interessen gewahrt und alle katholischen Gewissen beruhigt sein.“ Die „Opinione“ erinnert daran, daß Graf Cavour schon Anträge in diesem Sinne gestellt habe: „Auf alle Fälle sei die Lösung der römischen Frage nahe bevorstehend und werde die Rechte Italiens mit den Interessen des Papstthumes vereinbaren.“ Der Kaiser läßt durch Vimercati eben so beruhigend auf die Regierung wirken, wie die „Opinione“ die öffentliche Meinung zu besänftigen sucht. — Kossuth wird morgen hier erwartet, er ist von Herrn Ricasoli zu einer Besprechung eingeladen worden.

Aus Turin, 22. d. M., wird schießlich gemeldet: Das Wahlkollegium Turins schlug statt Cavour Ricasoli vor.

Rom. König Franz II. hat durch seinen Minister Del Re folgendes Schreiben an die Gesandten richten lassen:

Rom, 8. Juni.  
„Die Regierung Sr. Majestät hat die Nachricht erhalten, daß man bei der Anarchie, welche das Königreich Neapel durchwühlt, und bei der gänzlichen Verstärkung aller Hilfsquellen, in welcher sich die piemontesische Regierung befindet, beschlossen hat, die dem Staat, der Domäne, dem Prinzen und der königlichen Familie gehörigen Immobilien, sowie die mit großen Kosten und vielen Anstrengungen errichteten Zivil- und Militärgebäude zu verkaufen. Um alle zukünftigen Schwierigkeiten zu vermeiden, werden Sie, mein Herr, bei jeder Gelegenheit erklären, daß Se. Maj. der König alle ähnlichen Entwendungen, da sie durch eine usurpatorische Macht gegen die legitimen Rechte Sr. Majestät, gegen die Gesetze und gegen die Interessen des Staates geschähen, als null und nichtig betrachte.“

Aus Paris, 19. Juni wird geschrieben: Die Abreise des Kaisers nach Vichy ist auf den 1. Juli festgesetzt. Ein eigener Badeort mit allen möglichen Bequemlichkeiten ist für den Kaiser eigens erbaut worden. Derselbe wird eine Kur gebrauchen, die der Dr. Alquié, Bade-Arzt-Inspektor und konsultirender Arzt des Kaisers, leiten wird. Dieselbe nimmt drei Wochen in Anspruch. Eine große Anzahl Personen hat sich in Folge der bevorstehenden Ankunft des Kaisers in diesem Badeort dorthin begeben. Außer den bereits früher angegebenen Diplomaten kommt auch der Marquis von Castelbajac, früherer Botschafter in Petersburg, dahin. — Gestern fand in Fontainebleau ein großes Diner statt, dem der Fürst und die Fürstin Metternich, der Graf Pourtales, der Graf und die Gräfin Walewski, der Fürst und die Fürstin Czartoryski, sowie einige andere hochgestellte Persönlichkeiten beiwohnten. — Es ist nicht begründet, daß die Höfe von Wien und Madrid durch spezielle Noten von der Absicht der französischen Regierung, das Königreich Italien anzuerkennen, in Kenntniß gesetzt wurden. Dagegen wurde gestern an alle Großmächte ein Zirkular-Schreiben gesandt, worin Frankreich die Gründe auseinandersetzt, die es veranlassen, Italien anzuerkennen.

nen, in Kenntniß gesetzt wurden. Dagegen wurde gestern an alle Großmächte ein Zirkular-Schreiben gesandt, worin Frankreich die Gründe auseinandersetzt, die es veranlassen, Italien anzuerkennen.

Aus Madrid, 19. Juni, wird telegraphisch gemeldet, daß Spanien sich zur Beobachtung strengster Neutralität dem nordamerikanischen Kriege gegenüber entschlossen hat. Zugleich wird gemeldet, daß die Bant ihre finanziellen Verlegenheiten ausgeglichen habe.

Ueber den Gesundheitszustand der Königin von England, welcher den letzten Mittheilungen zufolge, sich besorgnißerregend gestaltet haben soll, liegen heute keine neueren Nachrichten vor. Die Königin soll übrigens seit dem Tode ihrer Mutter an einer tiefen Melancholie leiden. Die Gerüchte von ihrem beabsichtigten Uebertritte zur katholischen Kirche dürften der Begründung entbehren, da sie nach englischen Gesetzen in diesem Falle auf die Regierung verzichteten müßte.

Der „Globe“ bespricht die letzte Note Cavour's und spottet dabei der Kleinräumerei, welche die deutschen Kleinstaaten der italienischen Frage gegenüber treiben. Die Berliner Regierung, sagt er, hat eine ruhige, würdevolle Politik beobachtet, natürlich nicht unbeeinflusst von der Eifersucht einer deutschen Macht gegen das neue Königreich. Selbst Oesterreich vertritt Pässe, die im Namen des Königreiches Italien ausgefertigt sind, nicht als Anerkennung Italiens, sondern um österreichischen Reisenden Ungelegenheiten zu ersparen. Bayern, Württemberg und Mecklenburg aber sind österreichischer, als Oesterreich. Sie wollen ein Königreich Italien nicht kennen. Seit Brummel der Löwe gegen Georg den Vierten so gethan, als könne er ihn nicht, ist keine Souveränität so entsehrlich beleidigt worden.

Aus Warschau, 22. Juni wird telegraphisch berichtet: Die publizirten Reformgesetze befriedigen keineswegs. Die Stimmung hat sich verschlechtert. Die Attributionen des Staatsraths und der Municipalräthe werden für so geringfügig betrachtet, daß deren Thätigkeit den geringsten Erfolg verspricht. Alles ist düster gestimmt. Abramowicz ist hieher zurückgekehrt.

Dresden, 22. Juni. Die Abgeordnetenkammer hat bei der heutigen Schlussabstimmung die Wahlreformgesetze mit 54 gegen 13 Stimmen angenommen.

New-York, 8. Juni. Der „Steamer Canadian“ ist durch Schiffbruch zu Grunde gegangen. 24 Reisende und 10 Schiffleute sind wahrscheinlich todt; der Kapitän und die anderen Reisenden gerettet.

Urad, 24. Juni. Gestern nachmittags 3 1/2 Uhr wurde die Stadt durch Feuerlärm erschreckt. Im Winkel'schen Neugebäude war ein Kaminfeuer entstanden, das durch rasch und energisch geleistete Hilfe bald gedämpft wurde, ohne daß ein Schaden hiedurch angerichtet worden wäre.

In der Nacht von gestern auf heute wurde in der Gold- und Juwelenhandlung des Hrn. M. Brüll ein frecher Diebstahl ausgeführt. Der Dieb mußte vom Kamin aus in das Verkaufslokale gelangt sein, das er seines werthvollsten Inhaltes beraubte. Der Schaden, den Herr Brüll — ein von seinen Mitbürgern allgemein geachteter Geschäftsmann — erleidet, soll ein sehr beträchtlicher sein. Von Seite der Sicherheitsbehörden unserer Stadt sind übrigens bereits die umfassendsten Anstalten getroffen worden, um des Verbrechens habhaft werden zu können. Wir wünschen ihren Bemühungen den besten Erfolg.

\* Vorgestern nachmittags ist, wie wir im „Hirn.“ lesen, in Ofen die Witwe des Generals Heuzi zu Grabe getragen worden.

\* Aus Wien vom 22. wird uns geschrieben: Die Abreise Ihrer Majestät der Kaiserin erfolgt heute 5 1/2 Uhr mit einem Separatzug von Laxenburg nach Mödling und von dort über Triest nach Miramare und sodann mittelst Dampfer nach Corfu. Se. Maj. der Kaiser begleitet die Kaiserin bis nach Miramare. Bis zum Bahnhofe in Laxenburg, der festlich ausgeschmückt wurde, wird die Kaiserin von allen Mitgliedern des kais. Hofes begleitet. Im Bahnhofe selbst verläßt sie sich der in Laxenburg anwesende Hofstaat. Den in Mödling bereitstehenden Separatzug leitet Herr Generaldirektor Lapeyriere selbst. Die Ankunft in Triest erfolgt am Sonntag Früh; die Fahrt wird circa 15 Stunden dauern.

Die Dauer des Aufenthaltes der Kaiserin in Miramare ist von dem Eintreffen der Depesche, daß die für die Kaiserin bestimmten Lokalitäten eingerichtet sind, abhängig, gleich nach Eintreffen dieser Depesche wird die Reise nach Corfu fortgesetzt, bis dahin der Aufenthalt in Miramare genommen. — Corfu, wo Ihre Majestät die Kaiserin den Aufenthalt nimmt, ist eine von den sieben jonischen Inseln, welche unter englischem Schutze stehen, eine Republik bilden und an der Küste von Albanien und Morea liegen. Die Insel Corfu ist 11 Quadratmeilen groß, hat die feste Stadt Corfu mit 30,000 Einwohnern, dem Sitze der englischen Regierung und dem Lord Oberkommissär. Das Klima ist mild, schön und gesund, die mittlere Jahreswärme ist 15 1/2 Grad, der Frühling beginnt im Februar, im Sommer steigt die Hitze auf 36 Grad.